

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Ludendorffs „Ehrenhaft“ verschärft.

Berliner Besucher verhaftet — „Ich bin umzingelt“ — Massenhverhaftungen.

Eine Berliner Besondere Korrespondenz meldet:
In den letzten Tagen ist eine wesentliche Verschärfung der Überwachung eingetreten, in der sich General Ludendorff in seiner Wohnung in der Heilmannstraße in Ruhmshöhe bei München befindet. Eine Anzahl Besucher, die den General zu sprechen versuchten, sind von Kriminalbeamten festgehalten und dem Münchener Polizeipräsidium zugeführt worden. Unter ihnen befindet sich auch der deutschpöhlische Arbeiterführer Fahrnerhorst aus Berlin. Über die Gründe, die zu der verstärkten Überwachung Ludendorffs und auch Hilters geführt haben, erfahren wir folgende Einzelheiten:

In den national-sozialistischen Kreisen Bayerns hat nach der letzten Veröffentlichung des Herrn v. Rahr, der vor einer neuen Bewegung öffentlich warnte, eine sehr lebhaft unterirdische Tätigkeit eingesetzt. Es sind nicht nur in Zusammenkünften der Nationalsozialisten sondern auch in Versammlungen usw. Gerüchte verbreitet worden, die sich gegen Rahr wandten. So wurde behauptet, daß Herr v. Rahr vor dem 8. November bereits einen Vortrag an der nationalsozialistischen Partei gehalten habe, und als Beweis wurde angeführt, daß die Gewehre, die an die Hitler-Leute verteilt wurden, mit abgebrochenen Schlagbolzen geliefert worden seien, um im gegebenen Augenblick die gefährlichen Bundesräder außer Betrieb setzen zu können. Dann aber wurde sehr weit die Parole ausgegeben, daß Herr v. Rahr, der nach dem Scheitern des Ermächtigungsgesetzes in Bayern selbst seine Position für erschüttert halte, zusammen mit dem ihm ergebenen Kapitän Ehrhardt eine separatistische Bewegung ins Leben rufen wolle. Diese Gerüchte, die übrigens auch in leitenden Berliner pöhlischen Kreisen viel besprochen werden, haben die Münchener Behörden veranlaßt, mit aller Schärfe gegen die Nationalsozialisten in Bayern vorzugehen.

In den letzten Tagen sind in München, Regensburg und in anderen Städten Massenhverhaftungen von Hitler-Leuten vorgenommen worden. Auch der bekannte Führer Anton Dragler aus München ist in Haft genommen worden.

da das Münchener Polizeipräsidium Schriftstücke beschlagnahmt hat, aus denen hervorzugehen scheint, daß die oben geschilderten Gerüchte planmäßig auch nach Norddeutschland weitergeleitet worden sind. Hitler wird im Gefängnis gegenwärtig auf das strengste überwacht, weil man der Ansicht ist, daß von seinen Anhängern trotz alledem eine Aktion zu seinen und Ludendorffs Gunsten versucht wird. Nur sein Anwalt erhält unter Vorbehalt der Besondere Maßnahmen Sprecherelaubnis. Auch General Ludendorffs Villa wird auf das allerhöchste von zahlreichen Kriminalbeamten beobachtet, die alle Ein- und Ausgänge besetzt halten. Gestern verbot der Berliner pöhlische Arbeiterführer Fahrnerhorst General Ludendorff einen Besuch abzugeben, um ihm einen Brief von seiner Stieftochter zu überbringen. Dieser Weg war gewählt worden, weil Ludendorff sich darüber beklagt hat, daß seine Korrespondenz ebenso wie die einlaufende Post von der Staatsanwaltschaft zensuriert und vorher geprüft werde. Als Fahrnerhorst in den Vorgarten der Villa eintreten wollte, trat ihm ein Kriminalbeamter mit vorgehaltenem Revolver entgegen und erklärte: „Wenn Sie weiter gehen, werden Sie erschossen.“ und verhaftete den Besucher gleichzeitig. Ludendorff, der den Vorfall vom Fenster aus beobachtet hatte, eilte in den Garten, um den Festgenommenen noch zu sprechen. Ein anderer Beamter trat dem General jedoch entgegen und drängte ihn in das Haus zurück, um eine Aussprache zu verhindern. Ludendorff konnte dem deutschpöhlischen Führer nur noch zurufen: „Sie sehen, ich bin vollständig umzingelt.“ mußte dann aber sein Zimmer aufsuchen. Auch ein anderer Besucher aus Berlin, Oberleutnant Neumann, wurde bei dem Versuch, bis zu Ludendorff vorzudringen, verhaftet. Die beiden Festgenommenen wurden der Staatsanwaltschaft vorgeführt und dort verhört. Die gesamte Korrespondenz, die beide mit sich führten, ist beschlagnahmt worden. Während Fahrnerhorst nach acht Stunden aus der Haft entlassen wurde, ist Oberleutnant Neumann ins Untersuchungsgefängnis gebracht worden, weil die Münchener Polizei festgestellt hat, daß dieser bereits auf anderem Wege in die Villa Ludendorffs einzudringen versucht hat.

Wucherwirtschaft.

Was tut die Regierung?

Die Konsumenten, die sich der Hoffnung hingaben, vor den Weihnachtstagen vom Preisabbau profitieren zu können, sind unangenehm enttäuscht worden. Der Preisrückgang ist über Nacht wieder auf der ganzen Linie zum Stillstand gekommen, für eine Reihe von Waren werden sogar wieder höhere Preise gefordert, während Erzeuger und Verkäufer anderer Artikel bis jetzt überhaupt noch nicht daran dachten, mit den Preisen herunterzugehen.

Vor den großen Festtagen machte sich bloß erfahrungsgemäß immer eine verstärkte Kauflust bemerkbar, die naturgemäß eine Heraussetzung der Preise durch die Händler begünstigte. In diesem Jahre hielten sich jedoch die Weihnachtseinkäufe infolge der traurigen wirtschaftlichen Lage der Arbeiter- und Beamtenerschaft in bescheidenen Grenzen. Die neue Bewegung in der Preisbildung kann deshalb auch nicht durch die Weihnachtseinkäufe erklärt werden. Es müssen andere Ursachen vorhanden sein, die im bedenklichen Maße preistreibend wirken. Schon oft haben wir hier nachgewiesen, daß die Verkaufsbedingungen der großen Industrieverbände und der Verkaufvereinigungen als preissteigernde Faktoren zu betrachten sind. Besonders die skandalösen Zinsfüße haben ohne jeden Zweifel die Preise übersteigert. Wie rücksichtslos und wirtschaftsfeindlich die Verbände z. B. in ihren Verkaufsbedingungen vorgehen, beweist u. a. auch ein Rundschreiben des Verbandes der deutschen Veredelungsanstalten für baumwollene Gewebe mit dem Sitz in Leipzig. Dieser Verband kündigt nämlich seinen Kunden an, für verspätete Zahlungen ab 20. Dezember 1 1/2 Proz. als Verzugszinsen berechnen zu müssen. Damit aber kein Zweifel über den von dem genannten Verband betriebenen Wucher aufkommen kann, bemerkt er in seinem Rundschreiben ausdrücklich, daß dieser Zinsfuß nicht für ein Jahr, wie man wohl annehmen könnte, sondern für einen Tag gilt. Der Verband fordert also nicht mehr und nicht weniger als einen Jahreszins von 547 1/2 Proz. Selbstverständlich werden diese skandalösen Zinsen auf die Waren umgelegt werden müssen; denn der Konsument und nicht der Händler bezahlt sie zu guter Letzt.

Wir brauchen uns also nicht den Kopf darüber zu zerbrechen, weshalb unsere Waren immer noch doppelt und dreifach so teuer sind als im Frieden und weshalb deutsche Waren ihrer hohen Preise wegen im Ausland nicht mehr konkurrenzfähig sind. Die Folgen dieses Wuchers zeigen sich ja in der geringen Kaufkraft des deutschen Volkes und in dem Erliegen unseres Exports. Zufällig veröffentlicht die Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG. eben jetzt ihren Jahresbericht, in dem es heißt, daß die Konkurrenz mit dem Ausland wesentlichste Preisunterstützung zum Gunsten der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg ergaben. Die Folge ist, daß statt der früher beschäftigten 18 500 Arbeiter heute nur noch 14 000 Arbeitnehmern von der Augsburg-Nürnberg Maschinenfabrik Arbeit und Brot gegeben werden kann. Leider hat die Generalversammlung der nordbayerischen Maschinenfabrik veräußert, die notwendigen Schlussfolgerungen aus ihren Feststellungen zu ziehen, denn wie die Zahlungsbedingungen des Verbandes der deutschen Veredelungsanstalten beweisen, sind die deutschen Unternehmer durch ihre unbegrifflichen und durchaus ungerechtfertigten Konditionen, hinter denen sich nur ungerechtfertigte Gewinne verbergen, in erster Linie für die Rezessionierung der deutschen Kaufkraft und das Erliegen des deutschen Exports verantwortlich. Sie schädigen sich und die deutsche Wirtschaft selbst, so daß unsere Unternehmer aus Gründen der Selbsterhaltung noch viel mehr Anlaß haben, gegen die unberechtigte Zinswirtschaft zu protestieren wie wir als Vertreter der Arbeitnehmer.

Das Vorgehen des Verbandes der deutschen Veredelungsanstalten steht nicht vereinzelt da. Trotz des Kartellgesetzes enthalten die Verkaufsbedingungen der großen Wirtschaftsvverbände Bestimmungen, die jeden Warenaustausch zum Erliegen bringen müssen. Vor allen Dingen geben unsere Banken mit der Wirtschaft Hand in Hand und betreiben einen Wucher, der geradezu zuchthauswürdig ist. Die von dem Verband der Veredelungsanstalten geforderten Zinsen sind heute noch bei allen Banken trotz schärfster Proteste aus allen Kreisen üblich. Eine Veranlassung für solche Zinsfüße liegt nicht vor, nachdem das wertbeständige Geld, das dem Staat Hunderte von Goldmillionen kostet, bereits die ganze Wirtschaft durchdrungen hat, und die Papiermark seit Wochen einen festen Kurs behauptet. Das hat auch die erste Generalversammlung der Deutschen Rentenbank bestätigt, die den hohen Zinsfuß der Banken für goldgesicherte Rentenmarktkredite als schärfste gerügt und als unangebracht bezeichnet hat. Die Banken haben diesen Vorwurf hingenommen, ohne an eine Abänderung der Zinsfüße zu denken; wenigstens hat man bis heute noch nichts über eine Milderung der skandalösen Zinsfüße erfahren. Dagegen erlauben sich die Banken durch eine Mitteilung an ihre Kunden eine direkte Erhöhung des kreditnehmenden Publikums. Sie haben ihren Kunden ebenfalls mitgeteilt, daß sie für Rentenmarkenkredite, die natürlich durch die Bank nicht goldgesichert werden, jährlich 4 Proz. vergüten, während sie für ihre goldgesicherten Kredite, an denen sie nichts verlieren können, genau 4 1/2 mal soviel nehmen.

Die hohen Zinsen sind ein Skandal, der die Gesundung unserer Wirtschaft gefährdet. Die von den Banken und Kartellen geforderten Zinsfüße stehen in keinem Verhältnis zu

Volksbegehren in Bayern?

Ein sonderbarer Vorschlag der bayerischen Volkspartei.
Augsburg, 21. Dezember. (Epa.) Die Korrespondenz der Bayerischen Volkspartei veröffentlicht nachstehende Forderung:

„Der gegenwärtige Landtag hat in seinen beiden letzten Sitzungen den letzten Rest von Autorität eingebüßt. Der Landtag hat sich im Augenblick der dringenden Staatsoberwachen als absolut unfähig erwiesen. Der Landtag hat durch sein Vorgehen der gegenwärtigen Koalitionregierung den Boden der Existenz entzogen. Darum muß dieser Landtag so rasch wie möglich aufgelöst werden, nachdem es dem Landtag selbst nicht gelungen war, weil der Antrag der Bayerischen Volkspartei abgelehnt wurde. (1) Da wir keinen Staatspräsidenten haben, der ihn auslösen könnte, müssen wir das einzige und mögliche Hilfsmittel anwenden, ihn aufzulösen: das Volksbegehren. Die Landtagsfraktion der Bayerischen Volkspartei hat daher beschlossen, die Parteileitung zu ersuchen, sofort den Landesauschuss einzuberufen mit der Tagesordnung:

1. Die Befreiung der Fesseln in unserem jetzigen Verfassungssystem, daß das Heimgenisse jeder Verbesserung unserer staatspolitischen und wirtschaftlichen Lebens ist.
2. Auflösung des gegenwärtigen Landtages, der bei seiner Zerstückelung unzulänglich imstande ist, geordnete Arbeit zu leisten. Die gegenwärtige Regierung führt die Geschäfte bis zur Konstituierung des neuen Landtages, der ein verfassunggebender sein muß.“

Wie die „Augsburger Volkszeitung“ erzählt, ist die Sitzung des Landesauschusses der Bayerischen Volkspartei für Freitag, den 28. Dezember, in Aussicht genommen.

Wenn die Korrespondenz der bayerischen Volkspartei recht unterrichtet ist, dann bereitet die bayerische Volkspartei etwas vor, das einem trockenen Staatsstreich verzwweifelt ähnlich sieht. Die Lage ist in Bayern bekanntlich so, daß das Ermächtigungsgesetz der Regierung Anlaß gefallen ist, weil es die parlamentarische Zweidrittelmehrheit nicht auf sich vereinigen konnte. Die bayerische Volkspartei brachte darauf den Antrag auf Landtagsauflösung ein. Alle Parteien sind mit der Landtagsauflösung einverstanden, aber es wurde beschlossen, nicht eher über den Antrag abzustimmen, bis die Frage des Ausnahmestandes und der Sicherung der Wahlfreiheit erledigt ist. Da bekam es die bayerische Volkspartei mit der Angst zu tun und sie verlor die Landtagsauflösung im letzten Augenblick zu unterbinden, indem sie den Parteien zumutete, das Ermächtigungsgesetz durch Abänderung des § 92 der bayerischen Verfassung durchzubringen. Auch das mißlang. Augenblicklich unternimmt die bayerische Volkspartei nunmehr einen neuen Versuch, unbefristete Wahlen zu verhindern.

Die deutsche Lebensmittelanleihe.

Ergänzende Unterlagen aus Berlin eingefordert.

Paris, 22. Dezember. (Epa.) „Leit Parisien“ zufolge ist des Garantiekomitee in Ausführung des gestrigen Beschlusses der Reparationskommission bereits gestern vormittag zusammengetreten und

hat nach einer kurzen Beratung an das Berliner Bureau des Garantiekomitee die Aufforderung gerichtet, möglichst bald gewisse ergänzende Unterlagen für den Bericht über die Nahrungsmittelangelegenheit in Deutschland, mit dem es von der Reparationskommission beauftragt worden ist, einzusenden. Dem gleichen Blatt zufolge kann dieser Bericht sehr bald fertiggestellt werden und wird je nach der Antwort der allierten Regierungen über die Zuständigkeit für die Behandlung des deutschen Schulden um einen Nahrungsmittelkredit entweder den Regierungen direkt oder der Reparationskommission übermittleit werden.

Die Entscheidung hängt von der Labour Party ab.

Paris, 22. Dezember. (M.) Aus Verhandlungen der Pariser Morgenblätter ist zu entnehmen, daß diese damit rechnen, die Arbeiterpartei werde Anfang Januar in England die Macht ergreifen und das Schicksal der deutschen Lebensmittelangelegenheit entscheiden. In diesem Zusammenhang verdient ein Londoner Nachbericht des „New York Herald“ Beachtung. In dieser wird ausgeführt, daß die Labour Party sich für die Annahme des deutschen Schulden einsetzt. In London geht es als sicher, daß die Vereinigten Staaten den Prioritätsplan durchaus befürworten werden, und es unterliegt keinem Zweifel, daß ein aus menschlichen Erwägungen erfolgter Appell in den Kreisen der Labour Party großen Widerhall finden wird.

Verstärkt im „Echo de Paris“ spielt ebenfalls auf die Bedeutung an, die der Entschluß Ramsay MacDonalds in der Frage des Prioritätsantrages haben wird.

Nur noch wertbeständige Reichsbankkredite.

In der heutigen Sitzung des Zentralausschusses der Reichsbank wurde ein Beschluß gefaßt, der schon seit Jahr und Tag notwendig gewesen wäre, aber bisher unterlassen worden ist. Die Reichsbank verbleibt von jetzt ab nur noch wertbeständige Kredite, abgesehen von den wenigen vorläufigen Fällen, in denen noch Papiermarktkredite zugelegt sind. Der hohe Diskontsatz von 20 Proz., der dafür zu zahlen ist, dürfte allerdings die meisten Interessenten davon abhalten, diese Möglichkeit auszunutzen, solange die Papiermark derzeit stabil bleibt wie jetzt.

Zur Durchführung der wertbeständigen Kredite, die bisher lediglich als Lombardkredite erteilt wurden, wird auch der Wechselverkehr der Reichsbank umgestellt. Es wird also wertbeständige Wechsel geben, bei denen der Schuldner die Entwertung zu tragen hat. Der Zinssatz für wertbeständige Diskontkredite ist auf 10, der für wertbeständige Lombardkredite auf 12 Proz. jährlich festgesetzt. Die Sätze werden hinter den von den Reichsbanken genommenen Geldfußhöhen damit noch erheblich zurück.

Die Mark stabil.

Umsätze Kurse noch immer unverändert.

Die Stabilität der Mark auf den ausländischen Börsenplätzen blüht unerschütterlich an, wenn auch die Umsätze äußerst gering sind. Im Berliner Devisenverkehr am heutigen Tage war das Geschäft ruhig und die amtlichen Kurse wurden unverändert festgesetzt. Die Hauptkurse wurden mit 10 Proz. Holland mit 12 1/2 Proz., nordische Devisen mit 15 Proz. und einige kleine Polnien voll zugeteilt.

Die „verbotenen“ Parteien.

Ein sozialdemokratischer Antrag angenommen.

Der Rechtsausschuss des Reichstages beschloss sich unter Bezugnahme auf die Verfügung des Dresdener Militärbehörden vom 12. Dezember und das Verbot der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei, der Deutschnationalen Freiheitspartei, der Kommunistischen Partei usw. mit einem sozialdemokratischen Antrag, der fordert, daß vom Tage der Ausschreibung der Wahlen bis zu ihrer Beendigung auch für verbotene Parteiorganisationen die Gründung von Vereinigungen zur Betreibung der Wahlen zulässig sein soll. Versammlungen und Pressefreiheit sollen auch für verbotene Parteiorganisationen nur den allgeringsten strafrechtlichen und politischen Beschränkungen unterliegen. Der Ausschuss entschied sich im Sinne eines Zusatzantrages Dr. Kahl (D. Vp.), dem sozialdemokratischen Antrag das Wort „ausschließlich“ einzufügen. In dieser Gestalt wurde dann der sozialdemokratische Antrag einstimmig angenommen.

Die Lasten des Einbruchgebiets.

Bei der gestrigen Unterhaltung zwischen der Reichsregierung und der Vertretung des besetzten Gebietes ist weder über die Rheinische Goldmark noch über eine hypothetische Belastung des Besetzten im besetzten Gebiet zur Aufbringung der Besatzungskosten verhandelt worden.

Eine am 8. Dezember auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung — das Ermächtigungsgesetz war damals noch nicht beschaffen — ergangene Rechtsverordnung der Reichsregierung bestimmt, daß die Entschädigungsleistungen des Reiches für Ansprüche auf Grund des Okkupationsleistungsgesetzes auf Goldmark umgestellt, jedoch in Papiermark zum Kurs des Vortages der Zuerkennung ausgezahlt werden. Für entgangene Gewinn wird eine Entschädigung nicht mehr gewährt. Grundständig werden nur Vergütungen bis 5000 Goldmark voll bezahlt, darüber hinaus nur 50 Proz., jedoch nur bis zum Gesamtbetrag von 200 000 Goldmark. Es sind sehr kurze Ausschüßfristen eingeführt, so daß die Ansprüche möglichst schnell angesetzt werden müssen. Beschwerden gegen die Festsetzung der Entschädigung an das Reichswirtschaftsgericht sind unzulässig, wenn die Leistung unter 50 Goldmark beträgt.

Die deutsche Kapitalflucht.

200 Mill. Dollar deutsche Privatguthaben in Amerika.

Paris, 22. Dezember. (G. E.) Der „Chicago Tribune“ wird aus Washington gemeldet, daß sich die Banken mehr dafür interessieren, die ins Ausland verbrachten deutschen Kapitalien ausfindig zu machen, wie dies die Aufgabe der einen von der Reparationskommission einberufenen Sachverständigenkommission ist. Man schätzt die Höhe der in Amerika befindlichen deutschen Kapitalien auf 200 Millionen Dollar in Geld oder Geldwerten, die in Form von Krediten bei amerikanischen Banken bestehen. Die Banken sind bereit, bei der Ausfindigmachung dieser Kapitalien mitzuhelfen, wünschen jedoch, daß die Untersuchung von Washington und nicht von Paris aus geleitet wird. Im allgemeinen kennen die Banken ihre Depots sehr genau, aber die Depots der deutschen Industriellen und besonders das Depot von Hugo Stinnes seien so gut versteckt, daß es schwer sein werde, sie ausfindig zu machen. Deutsche Depots seien bei folgenden Nationalbanken: Equitable Trust Bank, Guaranty Trust Bank, Irving National Bank, Columbia Trust Bank, National City Bank. Es sollen die Konten geprüft werden, für die Goldbesitzungen und Verkäufe von fertiger und halbfertiger Ware vorgenommen wurden, des weiteren soll festgestellt werden, für wen die großen Käufe amerikanischer Eisenbahnpapiere in der letzten Zeit getätigt wurden.

Poincarés Echo in England.

Die Londoner Presse stellt die unüberändert unangenehme Stellung Frankreichs fest, die in seiner gestrigen Kammerrede zum Ausdruck gekommen sei. Die liberale „Daily News“ meint, Poincaré habe es gestern in der französischen Kammer nur allzu klar gemacht, daß er seine Politik in seinem einzigen Punkt aufgegeben habe, und daß die Deute, die verfluchten, ihn dieser „Früchte“ seines nutzlosen Sieges zu berauben, dies auf eigene Gefahr täten. Und dabei sei, so fügt das Blatt hinzu, die Ruhrbesetzung der Kern der ganzen Frage. Es werde der Reparationskommission selbstverständlich unmöglich sein, herauszufinden, wieviel Deutschland zahlen könne, wenn sie nicht über die genaue Absicht der französischen Regierung mit Bezug auf das besetzte Gebiet unterrichtet werde. Wenn Deutschland auf unbegrenzte Zeit der Steuereinfälle aus seinem reichsten Industriegebiet beraubt werde, so müßten die Reparationen über Bord gehen, und der Auftrag einer Abschätzung der deutschen Zahlungsfähigkeit würde zu einer Komödie herabgewürdigt. Die einzige wirklich hoffnungsvolle Aussicht dieses neuen Versuches, Frieden und Gerechtigkeit in Europa wiederherzustellen, sei, daß Poincaré durch seine Zustimmung zur Untersuchungskommission soweit gegangen sei, daß er nicht in der Lage sei, sich davon zurückziehen oder ihre Aktion zu einer Komödie zu machen. Poincarés Regierung würde in solchem Fall auf die Gegnerschaft der ganzen zivilisierten Welt stoßen, und zwar in einer Form, der keine Nation dauernd Widerstand zu leisten hoffen könnte.

Die „Times“ wirft im Zusammenhang mit den bevorstehenden Untersuchungen der Ausschüsse der Reparationskommission folgende Fragen auf:

Was ist Deutschland? Welches sind seine Hilfsquellen? Wie weit kann es Reparationen aufbringen? Wie weit erstreckt sich sein Gebiet wirklich? Können Deutschland mit seinen finanziellen Schätzen im Ruhrgebiet und im Rheinland bezahlen oder nicht? Wollte Frankreich dauernde Erweiterung seiner eigenen direkten territorialen Kontrolle oder wolle es von dem Deutschland Reparationen, deren Grenzen im Friedensvertrage niedergelegt worden seien? Alle diese schwierigen Fragen hängen wie ein drückender Nebel über Europa. Der große Vorteil der neuen Ausschüsse sei, daß sie von einem neuen Gesichtspunkt aus an sie herantreten könnten. Es sei höchst wichtig, daß sich die Ausschüsse ohne weiteres Bezüge auf ihre Arbeit machen. Ihre Aufgabe sei klar und unanfechtbar.

Cooldiges neuer Abrüstungsplan. Das Mitglied der englischen Arbeiterpartei Hodges erklärte den dem Präsidenten Coolidge unterbreiteten Plan einer neuen Abrüstungskonferenz, daß nach seiner persönlichen Ansicht Amerika die ganze Welt von einem schweren Druck befreien würde, wenn es die Initiative für die Beschränkung der Rüstung zur See ergreife. Hodges meinte über die Haltung Frankreichs, daß Frankreich einmal die Verantwortung für seine Abwehmung übernehmen müßte und sich nicht wundert dürfte, wenn es sich von der ganzen übrigen Welt isoliert sehen würde.

Der Weihnachtsverkehr.

Morgen ist also wieder „goldener Sonntag“, nachdem der silberne und der kupferne Sonntag vorausgegangen sind. Ein bißchen große Worte für recht winzige und unbedeutende Angelegenheiten, und das heute mehr denn je. Von Gold und Silber sieht man nichts und mit dem Kupfer ist das auch man so eine eigene Sache. Zwar haben wir wieder Rentenpfennige, die wenigstens wie Kupfer ausfallen, aber sie sind längst gekampt. Aus den Aluminiumgefäßstücken machte man Fingerhüte und aus den Rentenpfennigen fertigt man vielleicht originelle Fingerringe an. Der Name goldener Sonntag hat aber heute noch eine besondere Gabe. Die Menschen, die heute mit glänzenden, goldenen Gedanken und Gefühlen herumlaufen, sind ebenso schwer zu finden wie die Goldstücke. Viele, die in den Staatsbetrieben beschäftigt sind, haben zum goldenen Sonntag eine ganz besondere Weihnachtsüberraschung erhalten durch den ominösen blauen Brief, der ihnen die Frohbotschaft brachte, daß sie entlassen sind.

Uebrigens gibt es so verschiedene goldene Weihnachtsüberraschungen, wie zum Beispiel die Kirchensteuern, die gerade jetzt wieder eingezogen werden, und am meisten freuen sich über die lieben Briefe alle diejenigen, die aus der Bundeskirche ausgeschieden sind. Es ist an dieser Stelle schon wiederholt auf den Unflug hingewiesen, der immer wieder von den Kirchengemeinden damit getrieben wird, daß sie versuchen, von den Ausgetretenen die Kriegskosten für den Betrieb der Kirchen zu erlangen. Sehr scheinen sich alle diese Dinge noch verstärkt und verheißt zu haben. Bekanntlich führen die Finanzämter gemißtrauht aus Gefälligkeits Buch über die zur Kirchensteuer Berangezogenen und errechnen auf Grund der ihnen von den einzelnen Kirchengemeinden übergebenen Listen die Höhe der Kirchensteuer des Jenseits nach der Höhe des ja nur den Finanzämtern bekannten Einkommens des Steuerpflichtigen, bezahlt aber wird die Kirchensteuer bei der Kasse der Kirchengemeinde. Erhält nun ein aus der Kirche Ausgetretener ebenfalls die freundliche Aufforderung, Kirchensteuern zu zahlen und er erhebt unter Vorlegung seiner Austrittserklärung vor dem Amtsgericht energisch Protest bei der Kirchenkasse, dann sagt man ihm: „Ja, wissen Sie, bei den Finanzämtern herrscht eine tolle Schlampelei; da müssen Sie mal austrumpfen. Wir können nichts tun!“ Das Finanzamt aber erklärt: „Rein, das geht uns gar nichts an. Wir rechnen nur nach den Listen der Kirchengemeinde. Sie müssen Ihren Protest dort anbringen. Wir können nichts tun!“ So rennt der Ausgetretene von Pontius zu Pilatus und vertut unruhig Zeit, was vielleicht die Kirche als besondere Strafe für ihn ausgeht hat, erreicht nichts, ja, wenn er besonderes Glück hat, kommt zu ihm der Gerichtsvollzieher, und dann hat er gewiß eine goldene Weihnachtsfeier.

Diese und ähnliche Gedanken durchziehen den goldenen Sonntag. Aber auch die Geschäftsleute werden nicht gerade von einem goldenen Tag sprechen können. Gewiß, die Preise sind gefallen und aller Unmut und Kummer darüber kann ihnen nichts nützen, und auch der gerissenste und gewissenloseste Schieber vermag die fest verankerte Realität der Rentenmark nicht zu erschüttern. Aber der größte Teil des Publikums ist so exponiert, und die Geschäftsleute mit ihren verbrecherisch hohen Preisen und Wucherallüren tragen einen nicht kleinen Teil der Schuld an dieser Verarmung, daß nur sehr wenige am goldenen Sonntag längst notwendige und immer wieder befehle geschobene Käufe tätigen können. Besonders optimistische und phantasiebegabte Menschen haben geglaubt, die Kaufleute würden jetzt zu Weihnachten die Waren um soviel billiger abgeben, als sie einst die Preise zu hoch in die Höhe geschraubt haben. Indessen, das wird man gewiß nie erleben, denn dann könnte man ja geradezu von einem goldenen Zeitalter sprechen und nicht nur von einem goldenen Sonntag.

Steigender Weihnachts- Reiseverkehr.

Die Poststabilisierung scheint manchen Bevölkerungskreisen nicht nur die Reiseleidenschaft erweckt, sondern ihnen die Möglichkeit gegeben zu haben, Weihnachtsreisen auch wirklich auszuführen. Jedemfalls sind die Berliner Bahnhöfe bereits heute voll von Ankommenden und Abreisenden. Deshalb mußten auch überall Vor- und Nachzüge bereitgestellt und Bedienstete herangezogen werden, damit genügend Schalter in Betrieb genommen werden konnten.

Schaffende Kinderhände.

Aus der Arbeit der Gemeinschaftsschule.

Eine Weihnachtsausstellung besonderer Art haben wir gestern in Reutlin in der Gemeinschaftsschule an der Köpckestraße. Sie zeigte Weihnachtsgeschenke für 600 Schulkinder, allerlei Geschenke, die von Schulkindern selber angefertigt worden sind. Nicht um Erzeugnisse der Kindererwerbsarbeit handelt es sich, nicht um heimindustrielle Marktware, bei deren Herstellung bebauernswerte Kinder um ihre Lebensfreude betrogen wurden. Die hübschen Weihnachtsgeschenke sind hervorgegangen aus der Arbeit der Gemeinschaftsschule, die den Schaffenstrieb des Kindes als Mittel der Erziehung zu nutzen sucht. Und mit ihnen wollen die Schulkinder, erfüllt von dem Geist echter Gemeinschaft, einander Freude bereiten. In fünf Schulzimmern war auf großen Tischen eine reiche Fülle von Epheuzweigen und aus von kleinen Gebrauchsgegenständen ausbreitet, und die Hände waren bedeckt mit langen Reihen farbiger Bilder. An „Eleganz“ kann das alles sich gewiß nicht mit dem Meisten, was in bräunlicher Arbeitskleidung umher angefertigt und für Geld im Laden verkauft wird. Aber das sieht man diesen Erzeugnissen frei schaffender Kinderhände an, daß die Kinder ein Stück ihrer Persönlichkeit hineingearbeitet und dabei Freude nicht neopfert, sondern erkennen haben. Bei den Arbeiten beschäftigten Eltern der Kinder und Freunden der Schule erregten besonders die Puppenstüben und Puppenköpfe mit ihrer bis ins kleinste durchgeführten Ausstattung von Möbeln und Geräten allgemeine Bewunderung. Die Ausstellung konnte leider nicht weiteren Kreisen zugänglich gemacht werden, weil sonst die Verteilung der Geschenke bis nach Weihnachten hätte verschoben werden müssen. Vor den Besuchern sprach Rektor Mayer in einem Vortrag über „Die Kinderarbeit als Grundlage einer neuen Erziehung“.

Papiergeld und Rentenmark bei der Post.

Die Nachrichtenstelle des Reichspostministeriums schreibt uns: „In Nr. 589 des „Vorwärts“ vom 18. Dezember ist unter der Ueberschrift „Eine Frage an den Herrn Reichspostminister“ ausgeführt, die Post weigere sich, Papiermark auf Postcheckkonto und auf Postanweisungen in Zahlung zu nehmen. Das trifft nicht zu, soweit es sich um Postanweisungen handelt. Auf Papiermark lautende Postanweisungen werden vielmehr noch wie vor angenommen, dagegen seit 1. Dezember aber auch Postanweisungen auf Rentenmark.“

Lebensmittelpreise in Berlin am 22. Dezember

In Goldmark	
Rindfleisch	1,00—1,60
Kalbfleisch	—
Hammelfleisch	1,40—2,25
Schweinefleisch	1,30—1,65
Lebende Schafe	1,45—2,20
Hechte	1,60—1,90
Hechte	1,70—1,90
Schleie in Eis	0,90—1,05
Hechte in Eis	1,30—1,65
Kabeljau	1,00—1,35
Grüne Heringe	0,65—0,85
Margarine	0,65—1,00
Butter	2,40—2,65
Schmalz	0,90—1,00
Talg	—
„Ei“	—
Weißkohl	0,05—0,09
Wirsingkohl	0,02—0,03
Kohlraben	0,05
Mohrraben	0,03—0,09

Begünstigt wird der Reiseverkehr durch den Umstand, daß die Betriebe am Montag gar nicht öffnen, so daß sich die Möglichkeit, einfrühlich Sonntag und Montag, vier hintereinander liegende Ruhetage zu haben, eröffnet. Ganz besonders stark war der Andrang auf dem Anhalter Bahnhof, wo die Leute in den frühen Morgenstunden Schlangen bildeten. Auf dem Lehrter Bahnhof hatte man für Vor- und Entlastungszüge gesorgt, da die D-Züge nach Hamburg bereits seit Tagen ausverkauft sind. Mit einem beiderseits starken Einsehen des Verkehrs rechnet man für heute nachmittags und abends sowie für morgen früh, und zwar namentlich vom Anhalter, Potsdamer und Görtzer Bahnhof, von denen die Reise zum Weihnachts-Vorverkauf in den Reisebureaus läßt darauf schließen. Die meisten Angestellten werden vermutlich bereits heute Abend abfahren oder die Nacht zur Reise benutzen.

Am 23. und 30. Dezember (Sonntage) sowie an den beiden Weihnachtsfeiertagen sind die Postschalter wie an Sonntagen offen, doch können am 23. bei den Bahnpoststellen — N. 4 (Stettiner), W. 9 (Potsdamer), SW 11 (Anhalter), D. 17 (Schlesischer), SO. 36 (Görtzer) und NW. 40 (Lehrter Bahnhof) — von 8 bis 1 Uhr mittags Pakete nach allen Richtungen aufgegeben und am 25. in denselben Stunden bei den Paketabgabemännern abgeholt werden. Am 23. und 25. werden auch nach Bomborten Pakete zugestellt, am 24., 30. und am Neujahrstage indessen nicht. Am 2. Weihnachtsfeiertage ruht auch die Zustellung der anderen Postsendungen und der Zeitungen, die an den sonst genannten Sonn- und Feiertagen nach den gewöhnlichen Vorschriften für den Sonntagsdienst erfolgt. Nur ist am Neujahrstag eine Geldzustellung vorgesehen. Am 30. findet bei den für gewöhnlich an Sonntagen offenen Postanstalten bis 6 Uhr abends Fremdenverkehr statt. Am Heiligabend werden alle Postannahmestellen um 4 Uhr nachmittags geschlossen; die Annahme von Telegrammen und von Ferngesprächen sowie die Zustellung von Geldern und Paketen findet indessen wie gewöhnlich statt; auch in der Briefpostlieferung tritt keine wesentliche Änderung ein, dagegen fällt die abendliche Briefzustellung aus.

Jagd auf Weihnachtsbäume.

Die Tatsache, daß Weihnachtsbäume in diesem Jahre weit seltener sind denn je zuvor und daß nicht wenig Berliner bereits den Gedanken aufgegeben haben, einen Baum zu bekommen, läßt selbst den Frieden- und Lichtbaum zu einem geeigneten Wälderungs- und Diebstahlsobjekt werden. Weihnachtsbaumplünderer trieben am Freitagmorgen auf dem Lehrter Bahnhof ihr Unwesen. Dort war eine Sendung Bäume für mehrere Besteller angekommen. Während zwei Beamte des 27. Reiers dabei waren, die Ausweise der Empfangsbeamten zu prüfen, kletterte eine größere Menge von Erwerbslosen über die Umzäunung und verschaffte sich die Weihnachtsbäume ohne Bezahlung zu bemächtigen. Die beiden Beamten waren bald nicht mehr imstande, die Ordnung aufrechtzuerhalten und riefen das Heberfallkommando Norden zu Hilfe. Mit diesen zugleich trafen Beamte zur Ablösung ein und alles zusammen gefasst es ist in kurzer Zeit, die Käufer ohne Geld in Schach zu halten oder zu verschleppen.

Vier Weihnachtsfeiern im Norden.

Im Bezirk Wedding fanden am Freitag vier Weihnachtsfeiern für die Kernbeute des dortigen Stadtblitz statt. In einer Brauerei in der Seefstraße wurden 600 Kinder vom Jugendamt des Bezirksamts Wedding mit Kakao und Kuchen bewirtet, nachdem schon taus zuvor ehrenamtlich tätige Personen die Geschenke, Kleidungsstücke sowie Lebensmittel in die Wohnungen der Bedürftigen gebracht hatten. Eine weitere Weihnachtsfeier wurde von der Auslandshilfe in der Löwenbrauerei veranstaltet. Auch hier erhielten die kleinen und großen Gäste Kakao und Kuchen. Jedem der 400 Kinder wurden u. a. 2 Meier-Hemdenstoff ausgehändigt. Auch die Anwesen der Kinderkrankehauses in der Reinholdsdorfer Straße feierten Weihnachten. Schließlich sei noch die schlichte kleine Feier im Schiller-Bozium in der Röttchstraße genannt, die die Fürsorgerinnen des Bezirksamts Wedding für ihre zu Betreuenden veranstalteten. Jeder bekam außer Lebensmitteln etwas Rühlpfand mit nach Hause. Die Spender, die der wirklich ärmsten Schicht der Berliner Bevölkerung materielle Zuwendungen gemacht haben, haben sich in so manchem proletarischen Kinderherz ein Dank- und Gedächtnisblatt erobert.

Der Postcheckverkehr ist allerdings durch Verordnung vom 23. November auf Rentenmark umgestellt worden. Die Weiterführung der Papiermarkkonten neben den Rentenmarkkonten im Postcheckverkehr hat sich wegen der Betriebs- und Raumverhältnisse der Postämter nicht ermöglichen lassen. Soweit die Erklärung der Nachrichtenstelle den Postcheckverkehr betrifft, trifft sie vollkommen zu, denn unsere Mitteilung bezieht sich auf die Weiterführung der Post-, Papiergeldzahlungen auf Postcheckkonto anzunehmen, und diese Annahmeverweigerung ist und bleibt unverständlich, da bei Einzahlungen zwischen Papiermark und Rentenmark nicht um mehr Unterirdische gemacht werden können, während die jetzige Handhabung für das Publikum eine große Unbequemlichkeit bedeutet. In dieser Hinsicht hat also unsere „Frage an den Herrn Reichspostminister“ leider keine befriedigende Antwort gefunden. Ein Wunsch nach Weiterführung der Papiermarkkonten neben den Rentenmarkkonten ist überhaupt nicht ausgesprochen worden. Schließlich müßte es sehr seltsam an, daß die Reichspost es ablehnt, ein gesetzliches Zahlungsmittel im Umrechnungsverkehr anzunehmen.

Auch in Merito Erdbeben. Haas meldet aus Danzig, daß ein Erdbeben gestern abend die merikanischen Inseln Granados, Huaspas und Opato in der Provinz Sonora erschütterte. Zahlreiche Personen sollen bei dem Erdbeben den Tod gefunden haben.

Vom Weihen Meer bis Moskau auf Schneeschuhen. Das Ros. lauer Wehrkommando hat, dem Offizier zufolge, einen Wettbewerb für Schneeschuhläufe angelegt. Die ganze Strecke von Archangel bis Moskau soll auf Schneeschuhen zurückgelegt werden. Es haben sich bereits Soldaten der Roten Armee und auch zahlreiche Sportleute gemeldet, die jetzt unterwegs nach Archangel sind, wo die Ausfahrt beginnen soll.

Schwerer Unfall eines deutschen Kindes in Jüßand. Ein kleines Mädchen namens Margarete Heberl das sich mit einem Transport anderer Kinder auf der Reise zum Ferienaufenthalt in Jüßand befand, stürzte in der Nähe von Kolding aus dem Zuge. Ihn wurden beide Beine abgefahren. Das Kind wurde in das Hospital von Kolding gebracht.

Sport.

Bei den Weibschachturnier in „Wien-Berlin“ Berlin. Thoma am Donnerstag zum zweitenmal. Der deutsche Meister fand jedoch in Berlin einen Herausforderer, der ihn in einem Schachturnier über 8 Stunden lang schlug. Wägners hatte nicht recht zur Geltung bringen. In einem Wettschachturnier hatte Thoma gegen Goffe 100 Weier und gegen Weier 150 Weier aufzuheben. Goffe war nach dem ersten Kilometer schon beinahe außer Atem und ging als Sieger durchs Ziel. Goffe hatte schließlich nach dem Weier. Der 20. Lauf des „Großen Weihnachtsrennen“ gewann Goffe. Goffe wurde ebenfalls von Thoma. Goffe bewies in einem Drei-Kilometer-Rennen, daß er gut ausgelegt und ausdauernd ist. Am Weibschachturnier hat die Mannschaft Goffe, Wägners, Wittig, Goffe, Goffe, Goffe und Goffe. Goffe hat eine 10 Kilometer lange Weite. Nach dem ersten drei Runden hatte Wittig einen kleinen Vorsprung, den Goffe nicht gelassen konnte und auch verlor. Im Endspurt lagte dann auch Goffe. Goffe. Im „Großen Weihnachtsrennen“ lagte noch einem leidenschaftlichen Kampf Goffe gegen Wägners und Thoma. Damit hat Wägners mit 20 Punkten die klare Führung vor Thoma und Wittig. Das Bränterrennen, das von Wägners, Goffe und Thoma bestritten wurde, hatte sich Goffe ganz knapp.

